



Kuratoriumsmitglieder:

B. Böhlen MdL, D. Caspary MdEP, A. Fischer MdB, A. Geiger, Prof. A. Göhringer, Reg.-Präs. a.D. Gerlinde Hämmerle (Vors.), OB W. Heiler MdLa.D., Prof. G. Kaufmann, J. Kößler MdL, BM E. Kopp MdL, H. Leverkus, B. Lisbach MdL, B. Meier-Augenstein, OB a.D. J. Offele (Vors.), OB C. Petzold-Schick, A. Salomon MdL, U. Schäfer, Min. a.D., B. Schäfer-Wiegand, R. Schmitt-Illert, A. Schoch MdL, OB a.D. Prof. Dr. G. Seiler, Staatssekretärin Dr. G. Splett MdLa.D., BM C. Staab, J. Stober MdLa.D., T. Wald MdL, Dr. P. Weber, Prof. Dr. P.-L. Weinacht, I. Wellenreuther MdB, Prof. Dr.-Ing. R. Werner

Landesvereinigung Baden in Europa e. V. - Andersenstraße 7 - 76199 Karlsruhe

INFORMATIONEN FÜR DIE MEDIEN (2016)

Landesvereinigung Baden in Europa e.V.:

Nach wie vor Schieflagen bei der Finanzverteilung **Nahezu alle Regierungsmitglieder mit württembergischem Hintergrund**

Karlsruhe (hom). Die Landesvereinigung Baden in Europa e.V. sieht nach wie vor eine Schiefelage in der Landespolitik. Egal, wie die Landesregierung zusammengesetzt ist – ob Schwarz-Gelb, Grün-Rot oder Grün-Schwarz – werde der Württembergische Landesteil, verglichen mit den Bevölkerungsanteilen, nach wie vor dem Badischen gegenüber bevorzugt. Das sagte der Vorsitzende der Landesvereinigung, Prof. Robert Mürb, am Mittwoch bei der traditionellen Sommerpressekonferenz der Vereinigung, die sich auf die Fahnen geschrieben hat, als Badische Lobby Einfluss auf die Landespolitik zu nehmen. Mürb registrierte etwa nach wie vor Schiefe in der Finanzierung von Kultur, Städtebau und der Hochschulen. Dies hätte Untersuchungen der Landesvereinigung schon früher deutlich gemacht. Jetzt haben Rechercheure der Landesvereinigung auch ungleiche Finanzverteilung beim Schul- und Krankenhausbau sowie bei der Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur festgestellt.

Mürb untermauerte dies mit Fakten aus diesen neuerlichen Untersuchungen. So fehlten in Baden etwa bei der Krankenhausförderung rund 85 Millionen Euro, die in Württemberg zusätzlich investiert wer-

den konnten. Im Schulhausbau liegen die Fehlbeträge in Baden bei 44,1 Millionen Euro. Der Untersuchungszeitraum bezieht sich auf die Jahre 2011 bis 2015, also die Zeit der Grün-Roten Koalition. Mürb befürchtet aber, dass sich das bei Grün-Schwarz auch nicht ändern wird und verweist dabei auf die Geburts- und die bisherigen Arbeitsorte der Mitglieder in der neuen Landesregierung, die sich überwiegend in Württemberg befinden, und dabei vorwiegend in Stuttgart. Von den Ministerinnen und Ministern, Staatssekretärinnen und Staatssekretären, Ministerialdirektorinnen und Ministerialdirektoren sowie Fraktionsführungen seinen 16 in Württemberg geboren, nur fünf in Baden und zwölf außerhalb von Baden-Württemberg. Davon leben 22 in Württemberg, nur zehn in Baden. Ihre Erfahrungen im Studien- und Berufsleben hätten sie ebenfalls in diesen Landesteilen gemacht. Das persönliche Umfeld habe großen Einfluss auf die jeweiligen Entscheidungen. Von den nicht in Baden-Württemberg Geborenen hätten alle nur den Württembergischen Landesteil kennengelernt.

Mürb und die Landesvereinigung erkennen einen weiteren Grund für die Ungleichbe-

1. Vorsitzender: Prof. Dipl.-Ing. Robert Mürb
Andersenstr. 7, 76199 Karlsruhe
Tel. 0721- 9896958, Fax 0721-882563
E-Mail: rmuerb@lv-baden.de

Stellvertretender Vorsitzender
Harald Denecken
1. Bürgermeister a.D.
E-Mail: harald@denecken.com

Stellvertretender Vorsitzender
Dr. Hubert B. Keller
E-Mail: hubert.keller@iai.fzk.de

Volksbank Karlsruhe: IBAN: DE55 6619 0000 0070 0465 04 BIC: GENODE 61KA1
BBBank Karlsruhe: IBAN: DE05 6609 0800 0007 0427 36 BIC: GENODE61BBB
Sparkasse Karlsruhe: IBAN: DE18 6605 0101 0022 3115 91 BIC: KARSDE66XXX

handlung in der Meinung vieler Württemberger und nicht zuletzt des Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann (Grüne), dass Württemberg etwa doppelt so groß sei wie Baden. Diese Ansicht hatte Kretschmann unter anderem bei einem Empfang des Landkreises Karlsruhe vor etwa zwei Jahren geäußert. Daraufhin hat ihm die Landesvereinigung nachgewiesen, dass der Bevölkerungsanteil Badens bei rund 46 Prozent liegt. Dies hatte die Landesvereinigung seinerzeit auch allen damaligen Abgeordneten des Landtags nachgewiesen. Kretschmann hatte sich daraufhin bei der Landesvereinigung für sein nicht korrektes Wissen entschuldigt.

Auch bei den Autobahnen, Bundes- und Landesstraßen erkennt die Landesvereinigung eine zu Lasten des badischen Landesteils ungleiche Mittelverteilung. Gemessen an der Kilometerlänge, sind diese so genannten „klassifizierten“ Straßen zwischen den badischen Regierungsbezirken Karlsruhe und Freiburg sowie den württembergischen Stuttgart und Tübingen in etwa gleich verteilt. Den Aus- und Neubau regelt der Generalverkehrsplan (GVP) von 2010. Hierfür wurde anhand von einheitlichen Kriterien eine Priorisierung der von den jeweiligen Regierungspräsidien gemeldeten Projekte durchgeführt.

Der Anteil der in den GVP aufgenommenen Maßnahmen ist in den Regierungsbezirken Karlsruhe/Freiburg und Stuttgart/Tübingen gleich, jedoch wurden alleine vom Regierungsbezirk Stuttgart mehr als doppelt so viele Projekte gemeldet, wie von den Regierungsbezirken Karlsruhe und Freiburg. Aufgrund der ungleichen Meldung von Projekten, ergibt sich nach der Priorisierung der Maßnahmen eine ungleiche Verteilung der im GVP enthaltenen Landesstraßen-Maßnahmen, bei der nur 33 Prozent der 525 Millionen Euro in die badischen Regierungsbezirke fließen.

Im Bereich der Autobahnen und Bundesstraßen wurde im März 2016 durch das Bundesministerium für Verkehr ein Maßnahmenplan veröffentlicht, der aufgrund

von Meldungen des Landes Baden-Württemberg Investitionen von 13,2 Milliarden Euro im Land enthält.

Während bei den Bundesautobahnen, aufgrund der nachholenden Investitionen in den Regierungsbezirken Karlsruhe und Freiburg gegenüber den Regierungsbezirken Stuttgart und Tübingen, ein größerer Anteil besteht, liegt im Bereich der Bundesstraßen der Anteil der württembergischen Regierungsbezirke höher. Auffällig ist hierbei, dass in den Regierungsbezirken Stuttgart und Tübingen deutlich mehr in Ortsumgehungen von Bundesstraßen investiert werden soll: nur rund 30 Prozent der Investitionssumme von 2,8 Milliarden Euro geht in Projekte in Baden, während die Anzahl der Gemeinden mit einem Verlauf einer Bundesstraße durch die Ortslage in Baden leicht höher ist als in den württembergischen Regierungspräsidien.

Eine positive Tendenz erkennt die Landesvereinigung bei den Finanzen im Wissenschaftsbereich: In der Finanzierung der Universitäten und Hochschulen ist erfreulicherweise ein Gleichstand der Zuschüsse zu verzeichnen. Während bis 2014 ein Unterschied der Zuschüsse, bezogen auf die Studierenden, von bis zu 2000 Euro, die den Universitäten in Württemberg zugestanden wurden, ist es ab 2015 etwa der gleiche Pro-Kopf-Zuschuss.

Erfreut zeigte sich die Landesvereinigung über die Entwicklung im ehemaligen Zisterzienerkloster und Schloss Salem, das nach Ende der Monarchie Rückzugsort der Badischen Fürstenfamilie wurde und sich seit 2009 im Eigentum des Landes Baden-Württemberg befindet, verwaltet von der in Bruchsal ansässigen Organisation „Schlösser und Gärten“, die umfassend für eine gute Entwicklung der Anlage sorgt. Das haben Mürb und eine kleine Delegation vor kurzem bei einem Besuch des Klosters und Schlosses festgestellt. Die Badischen Lobbyisten wurden dabei von Schlossverwalterin Dr. Brigitte Rückert durch teilweise auch nicht immer öffentlich zugängliche Teile der Anlage geführt.